



Klimapolitik sozial europäisch gestalten

Liebe Leserinnen und Leser,

die EU will bei der Bekämpfung des Klimawandels unter dem Schlagwort „Green Deal“ eine Vorreiterrolle einnehmen. Bis Mitte des Jahrhunderts soll die EU klimaneutral werden. Doch es geht nicht nur darum, Europa grün zu machen, sondern auch darum, Menschen und Unternehmen mitzunehmen, die Wertschöpfungskette zu unterstützen und den Standort Europa attraktiv zu halten.

Wie kann der das gelingen? Und was kommt mit dem „Green Deal“ auf Europa zu?

Das Ziel bei allen Klimaschutzanstrengungen muss darin bestehen, wirksamen Klimaschutz zu erreichen und gleichzeitig unseren Wohlstand zu erhalten. Ein fundamentales Element, um dieses Ziel kostenwirksam zu erreichen, ist das EU-Emissionshandelssystem. Durch die Erweiterung des Emissionshandels können wir sicherstellen, dass Emissionen dort verringert werden, wo sie den geringsten Kostenfaktor haben. Der Emissionshandel und der dadurch implizierte Preis für CO₂-Emissionen setzen Anreize für Investitionen in kohlenstoffarme Technologien. Die Ideallösung wäre ein Emissionshandelssystem, an dem sich auch Drittstaaten beteiligen können. Die neue Europäische Kommission muss auf ein entsprechendes internationales Rahmenabkommen drängen.

Mit dem „Green Deal“ wollen wir die CO₂-Emissionen in Europa senken, aber ist er wirklich nachhaltig, wenn die Verringerung



der CO₂-Emissionen in Europa mit wachsenden in China einhergeht? Also geht es doch vor allem auch darum, den „Green Deal“ so auszugestalten, dass auch die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU und die Umweltbelastungen in Drittstaaten berücksichtigt werden.

Der „Green Deal“ wird den Alltag der Europäer ändern, der Wirtschaft viel abverlangen, innerhalb der Kommission, den Mitgliedsstaaten, im Europäischen Parlament und in ganz Europa für viel Diskussion sorgen. Aber lassen sie uns als Europa-Union Bayern an diesem Prozess teilnehmen und diese Debatte proaktiv mitgestalten.

Bringen wir uns ein, bei Diskussionen vor Ort und auf allen politischen Ebenen.★

Ihr

Markus Ferber

Landesvorsitzender Europa-Union Bayern

Europas Zukunft?

Ein Europa der Regionen!

von Tobias Gotthardt, MdL

„Über Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Staatsregierung den Landtag zu unterrichten. Ist das Recht der Gesetzgebung durch ein Vorhaben der Europäischen Union betroffen, hat die Staatsregierung bei ihren verfassungsmäßigen Aufgaben die Stellungnahmen des Landtags maßgeblich zu berücksichtigen“ – so heißt es in Artikel 70 der Bayerischen Verfassung. Ein vergleichsweise robustes Mandat, mit dem der Landtag als Regionalparlament direkt an der EU-Gesetzgebung beteiligt wird. Grundlage ist der Vertrag von Lissabon.

Er schafft 2009 das Frühwarnsystem der Subsidiaritätsrüge – zweifellos ein Meilenstein der demokratischen Entwicklung im komplexen Mehrebenensystem Europas. Und ein Auftrag, den wir in Bayern sehr ernst nehmen. Nicht nur, weil es unserer selbstbewussten bayerischen Art entspricht, nein. Gerade die letzten Monate haben uns gezeigt, welcher konstruktiven Beitrag Regionen leisten können, wenn Nationen auf europäischer Ebene versagen. Wir argumentieren pragmatisch, wo andere sich in Ideologien blockieren. Wir pflegen die Einheit in Vielfalt, wo andere längst den Gesprächsfaden verloren haben. Wir sind Europa.

Aber: Wir brauchen dafür Instrumente und Foren. Dafür immer neu zu arbeiten, ist ein Auftrag, dem sich die Regionen in ganz neuer Art und Weise widmen müssen. Das beginnt beim Ausschuss der Regionen. Ein Vierteljahrhundert nach seiner Gründung braucht er eine mutige Frischzellenkur – gelingt sie, ist alles denkbar. Bis hin zur 3. Kammer einer föderal-dezentralen Europäischen Republik der Bürger. Aber auch den direkten Dialog mit Europäischer Kommission und – mehr noch



Tobias Gotthardt, MdL

– den Kollegen im Europaparlament müssen wir Regionalparlamentarier überdenken. Wir sind keine Konkurrenten – wir ergänzen uns. Und genau so sollten wir kommunizieren. Das gilt in besonderer Weise für die geplante „Konferenz zur Zukunft der EU“. Dass ein Vorschlag der Straßburger Parlamentarier die Regionalparlamente mit keinem Wort erwähnt, ist ein Unding. Wir reden mit – gerade, wenn es um die Zukunft geht. Kein europäisches Forum ist den Bürgern näher als das regionale Parlament um die Ecke. Diese Position bringen wir ein. Mit Nachdruck.

Kurzum: Ein Europa mit Zukunft ist ein Europa der Regionen und der Bürger. Dabei geht es nicht darum, den Gesetzgebungsprozess in Brüssel auch nur um eine Sekunde zu verlängern. Nein, es geht darum, gehört zu werden: Für uns als Landtag genauso wie für Europa selbst. Regionen sind ein Forum, neudeutsch: Hub. Näher am Menschen. Und genau da sollte Europa in Zukunft sein.★

Europas soziale Dimension

Das Dilemma der EU – von Jochen Kubosch



Die Landesversammlung der Europa-Union Bayern hat im April 2019 unter dem Titel „Europa sozial fortentwickeln“ einen Antrag angenommen, in dem gefordert wird, dass die EU ihre Mitgliedstaaten dazu bringen soll, für alle Arbeitsverhältnisse gerechte Mindestlöhne vorzuschreiben. Das ist zwar in den meisten Mitgliedstaaten durch Tarifverträge oder per Gesetz längst – oder wie Deutschland erst in jüngerer Vergangenheit – geschehen. Dass die Mindestlöhne angesichts sehr unterschiedlicher Produktivität und Lebenshaltungskosten von Land zu Land verschieden hoch sind, ist dabei hinzunehmen. Aber immer noch gibt es einige Länder, die überhaupt keinen gesetzlich oder tariflich festgelegten Mindestlohn kennen. Dadurch haben viele Beschäftigte – vor allem geringer qualifizierte – Mühe, ihr Existenzminimum zu sichern, und dies, obwohl sie arbeiten. Das zu ändern ist Ziel des Beschlusses unserer Landesversammlung.

Wie aktuell und schwerwiegend das Problem ist, zeigt sich daran, dass es die neue

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihren „Politischen Leitlinien“ an die erste Stelle des Kapitels „Die soziale Säule Europas“ gestellt hat. Die Leitlinien beschreiben den Rahmen für die Arbeit der neuen Kommission in den kommenden fünf Jahren. Sie sind gleichzeitig eine Aufgabenbeschreibung der Präsidentin für die Ressorts ihrer jeweiligen Kommissarinnen und Kommissare. Frau von der Leyen kündigt darin an, dass sie in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit ein „Rechtsinstrument“ vorschlagen werde, mit dem sichergestellt werden soll, dass jeder Arbeitnehmer in der EU einen gerechten Mindestlohn

IN DIESER AUSGABE

Klimapolitik sozial gestalten

von Markus Ferber

Europas Zukunft? Regionen!

Gastbeitrag von Tobias Gotthardt, MdL

Europa-Union vor Ort

Aktuelles aus den Gliederungen

erhält, der ihm am Ort seiner Arbeit einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht.

Diese Ankündigung klingt nach Entschlossenheit und Tatkraft. Wird also eine lange bestehende Ungerechtigkeit nun endlich durch das Eingreifen des europäischen Gesetzgebers beseitigt? Doch kündigt die Kommission nur ein „Rechtsinstrument“ an. Gemeint ist damit wohl eine nicht verbindliche Empfehlung, keine Richtlinie oder Verordnung, also kein für die Mitgliedstaaten verbindlicher Gesetzesakt. Dadurch wird zwar ein gewisser moralischer und politischer Druck auf die Mitgliedstaaten erzeugt. Aber ob sie die Empfehlung umsetzen, steht im Ermessen der nationalen Gesetzgeber. Der Grund für diese Zurückhaltung der Kommission liegt in der im EU-Vertrag festgelegten Zuständigkeitsverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

In Artikel 3 des EU-Vertrags sind die Ziele der Europäischen Union aufgezählt. Dazu gehört eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt und die soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz fördert. Präzisiert sind diese Ziele in den Artikeln 151 bis 161 des „Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV). Dort steht auch, mit welchen Mitteln sie erreicht werden sollen und wie dabei die Zuständigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und dem EU-Gesetzgeber verteilt ist. Artikel 153 AEUV sagt zwar, dass die Union die Tätigkeit der Mitgliedstaaten durch verbindliche Gesetzesakte unterstützen und ergänzen darf, wenn es um Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz geht. Die Festsetzung von Mindestlöhnen würde auch darunter fallen. Aber der letzte Absatz des Artikels 153 lautet ausdrücklich: „Dieser Artikel gilt nicht für das Arbeitsentgelt ...“

Bei allem guten Willen und neuem Schwung werden also auch die neue Präsidentin und ihre Kommission ein Tätigwerden der Mitgliedstaaten nur empfehlen, aber nicht verbindlich anordnen können.★

Europa-Stammtische

Im Rahmen unserer Verbandsarbeit, der Vermittlung europäischen Bewusstseins, erweisen sich die Europastammtische immer mehr als wichtiges Instrumentarium bzw. Drehscheibe zum Gedankenaustausch europapolitischer Themen.

Mittels Hinzuziehung von Sachverständigen für entsprechende europäische Bereiche wird Teilnehmern die Möglichkeit geboten, Probleme der Europapolitik im Alltag vorzutragen, mit denen sie im Alltag konfrontiert werden. Fachgerecht erfolgt die Erläuterung, die als Multiplikator dient. Auch ohne Referenten ist Gelegenheit geboten, Anliegen europäischer Art vorzutragen, die an EU-Mandatsträger weitergeleitet werden können. Durch den ständigen Dialog europäischer Politik und Vermittlung europäischen Bewusstseins soll auch der Kontakt unter Mitgliedern gefördert werden und desöfteren lassen sich auch so Neumitglieder gewinnen.

Nachdem die Europäische Union auch Trägerin der Friedensnobelpreise ist, leisten Europastammtische in deren Geiste einen wertvollen Beitrag als Multiplikator sowie Grundsatz einer Verbandspolitik in der Europa-Union.★

Anton von Cetto

Stv. Landesvorsitzender

Bayern in Europa: digital immer dabei.

Sie wollen unser Informationsblatt Bayern in Europa in digitaler Form und auch per E-Mail erhalten? Kein Problem. Schicken Sie einfach eine kurze E-Mail:

buero@eu-bayern.de

Die Europa-Union auf Facebook

Laufend aktuelle Berichte, Neuigkeiten und Bilder rund um die Europa-Union. Besuchen und liken Sie uns auf Facebook:

facebook.com/EuropaUnionBayern/



Europäische Sicherheitspolitik

Podiumsdiskussion im Kreisverband München



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben halb so viel wie die USA für Verteidigung aus; allerdings mit sehr viel geringerer Effizienz. Mehrere EU-Staaten arbeiten projektorientiert im Rahmen der Ständigen Koordinierten Zusammenarbeit (PESCO) zusammen. Reicht dies aus? Braucht die Europäische Union eigene Streitkräfte? Diese und weitere Fragen zur Sicherheitspolitik erörterten am 28.10. Henrike Hahn, MdEP von Bündnis90/Die Grünen und Florian Hahn, MdB CSU. Christian Deutschländer, Ressortleiter Politik/Hintergrund beim Münchner Merkur, moderierte kompetent die lebhafteste Diskussion.

Eingeladen hatten die Europa-Union München, die Europäische Akademie Bayern und die Jungen Europäischen Föderalisten. Beide Politiker bekannten sich zunächst als glühende Europäer, und sehen PESCO mit den hierdurch zu erreichenden Fortschritten in der Zusammenarbeit positiv aber nicht ausreichend. Ulrike Hahn wünscht sich allerdings eine breitere Definition für Sicherheit. ★

Besondere Ehrung



Dr. Michael Peter, eingearhmt von Hannelore Bauer, stv. Vorsitzende und Dr. Andreas Rug, Vorsitzender

Dr. Michael Peter, seit 56 Jahren Mitglied der Europa-Union, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Der langjährige Vorsitzende des **KV Bad Kissingen** darf sich dazu „Vir vere Europeus“ nennen – ein wirklicher Europäer. ★



KEG AMORBACH

Am 24.07.2019 war der Vorsitzende Dieter Schornick auf Einladung des Schulleiters Ulrich Koch am Karl-Ernst-Gymnasium in Amorbach.

Etwa 90 Schüler/Innen beteiligten sich nach einem einstündigen Vortrag zur aktuellen Situation in der EU an einer interessanten Diskussion zu den Themen Klimaschutz und Flüchtlingspolitik. ★

Friedenspolitik heute

KV Hammelburg „Friedenspolitik in unfriedlichen Zeiten“ - bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Grünen-Bundestagsabgeordneten Manuela Rottmann und der Europa-Union Hammelburg im Gasthaus „Adler“ in Langendorf referierte zu diesem Thema MdB Tobias Lindner (Bündnis90/Grüne).



Er ist Obmann seiner Partei im Verteidigungsausschuss sowie Mitglied im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages. Zu diesem komplexen Thema konnte er natürlich keine Antworten geben, die sich in einem Satz zusammenfassen lassen. Weltweit seien so viele Menschen auf der Flucht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es gebe drei sehr brisante Krisenherde: den Mittleren Osten, Nordkorea und Indien/Pakistan. Die nicht-staatlichen Akteure in Konflikten (wie die Taliban oder der sogenannte Islamische Staat) würden Lücken in der „politischen Werkzeugkiste“ offenbaren – „in der Uno sitzen die Taliban nicht mit am Tisch“.

Milliarden-Einsparungen

Der Cyberraum sei ein neues Feld für Konflikte, aber es gebe noch kein Instrumentarium dafür. Die Bundeswehr habe stürmische Zeiten hinter sich. Die vom früheren Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg angestoßene

Reform mit der Aussetzung der Wehrpflicht habe keine sicherheitspolitischen Gründe gehabt, sondern es sei um Einsparungen in Milliardenhöhe gegangen. „Auch in grünen Kreisen gab es die Illusion, dass eine Berufsarmee billiger sei“, räumte er ein. Die deshalb nötige gigantische Umstrukturierung habe die Bundeswehr bis heute nicht bewältigt. Als die Wehrpflicht abgeschafft wurde, habe es keine Pläne für eine Berufsarmee gegeben. Die Bundeswehr habe 185.000 Stellen, von denen nur 179.000 besetzt seien – aber eine Erhöhung auf 202.002 sei geplant.

Bundespolizei und Landespolizeien mit ihren besseren Bedingungen seien jedoch starke Konkurrenten. ★

WEITERLESEN? CODE SCANNEN

<https://eu-bayern.de/kvhammelburg/friedenspolitik-heute/>





Von Handelskrieg bis Irakkonflikt

Herausforderungen der EU in der internationalen Politik – Wirtschaftspolitisches Kamingsgespräch

KV Altötting Tobias Zech, MdB a.D. und nun Inhaber einer Beratungsfirma für internationale Beziehungen, referierte über politische Probleme, die die EU in nächster Zeit lösen muss. Er zeigte auf, dass die EU im Augenblick ein Gerechtigkeitsproblem hat. In verschiedenen Ländern der Europäischen Union herrscht bei Lebensstandard und Einkommen eine große Spannung, dazu müssen einige Länder mit negativen Handelsbilanzen zurechtkommen. Die Bundesrepublik hat eine positive Handelsbilanz, und in der Folge zeigt sich in einigen Ländern eine große Unzufriedenheit der Bevölkerung. Daher sind auch die Wanderbewegungen zu erklären und der Referent, der auch im Europarat tätig war, fordert politische Lösungen, um das Ungleichgewicht aufzuheben. Weltpolitisch spielt die EU eine immer geringere Rolle und muss sich anstrengen, zwischen USA und China ihren Platz zu finden. Die beiden führenden Staaten der EU, Frankreich und Deutschland, sind zur Zeit im Konflikt, wie sich die EU weiterentwickeln soll. Soll es eine EU der Nationalstaaten werden oder ein zentralistischer Staat? Diese Auseinandersetzung blockiert die weitere Entwicklung.★

VOLLSTÄNDIGER BERICHT:

<https://eu-bayern.de/kv-altoetting/kamingspraech-2019/>



Kreisverband Neumarkt reaktiviert

KV Neumarkt Einen Kreisverband der Europa Union e.V. gibt es im Landkreis Neumarkt schon seit den 80er Jahren. In den vergangenen Jahren war es ruhig geworden um den Verband, der parteiübergreifend das Thema „Europa“ in all seinen Facetten beinhaltet. Jetzt trafen sich einige Mitglieder, um den Kreisverband der Europa Union, Kreisverband Neumarkt i.d.Opf. wieder zu beleben.



Heidi Rackl, Sieglinde Harres, Markus Ferber, Roswitha Hierl, Albert Dess, Gerhard Springs und Arnold Graf (v.l.)

In seinen einleitenden Worten wies Landesvorsitzender Markus Ferber, MdEP, auf die Notwendigkeit Europas hin. Die hohe Wahlbeteiligung bei der vergangenen Europawahl zeigt, wie groß das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an europäischen Themen sei. Ohne gemeinsames politisches Handeln seien die Herausforderungen der Zukunft nicht zu meistern, so Ferber. Wirtschaftlich müsse Europa mit einer Stimme sprechen und durch offene Grenzen vieles gemeinsam regeln. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den gemeinsamen Binnenmarkt, freien Geld- und Warenverkehr und Möglichkeiten, gerade für junge Menschen, heute grenzüberschreitend ihre Ausbildung zu absolvieren.★

Termine

17. Januar 2020

Arbeitsrunde „EUB-Finanzstatut“
der KV-/BV-Schatzmeister

8. Februar 2020

Gemeinsame Landesvorstandssitzung
Baden-Württemberg und Bayern, Ulm

6. März 2020

2. Treffen AG Verbandsentwicklung
„Verbandsarbeit im ländlichen Raum“

19.-20. Juni 2020

69. Landesversammlung LV Bayern,
Fastnachtakademie Kitzingen (Ufr)

Ergebnisse Neuwahlen

KV Aschaffenburg

Vorsitzender **Dieter Schornick**
Stellvertreter **Valentin Weber, Georg Fath** und
Dr. Reinhard Paczesny
Schatzmeister **Günther Schultheis**

KV Würzburg

Vorsitzender **Anton Halbich M.A.**
Stellvertreter **Johann Schlotter, Ercan Ercan,**
Siegbert Schneider, Bürgermeister **Dr. Adolf**
Bauer
Schatzmeister **Peter Spenkuch**

BV Niederbayern

Vorsitzender **Konrad Kobler** MdL a.D.
Stellvertreter **Christine Sporrer-Dorner,**
Anton Freiherr von Cetto
Geschäftsführerin **Ilse Haseder**
Schatzmeisterin **Christa Kobler**

Die Landesgeschäftsstelle ist vom 21.12.2019 bis
zum 6. Januar 2020 geschlossen.

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit,
wir freuen uns auf tolle gemeinsame
Projekte im Jahr 2020!

Impressum

Herausgeber Europa-Union Bayern e.V.
Oberanger 32, 80331 München
Tel. 089 260 34 75, Fax 089 260 37 50
E-Mail: buero@eu-bayern.de
www.eu-bayern.de & www.jef-bayern.de

Redaktion (ViSdP) Anton Freiherr von Cetto,
Thorsten Frank, Ellen Schuster, Gerhard
Rippert

Fotos S. 3 EU-Kommission, S. 6 Ernst Deier,
S. 7 Josef Wittmann

Grafik, Satz beyoudesign.de

Art Direction DYGITAL, München

Druck Lindnerdruck, Landsberg am Lech

